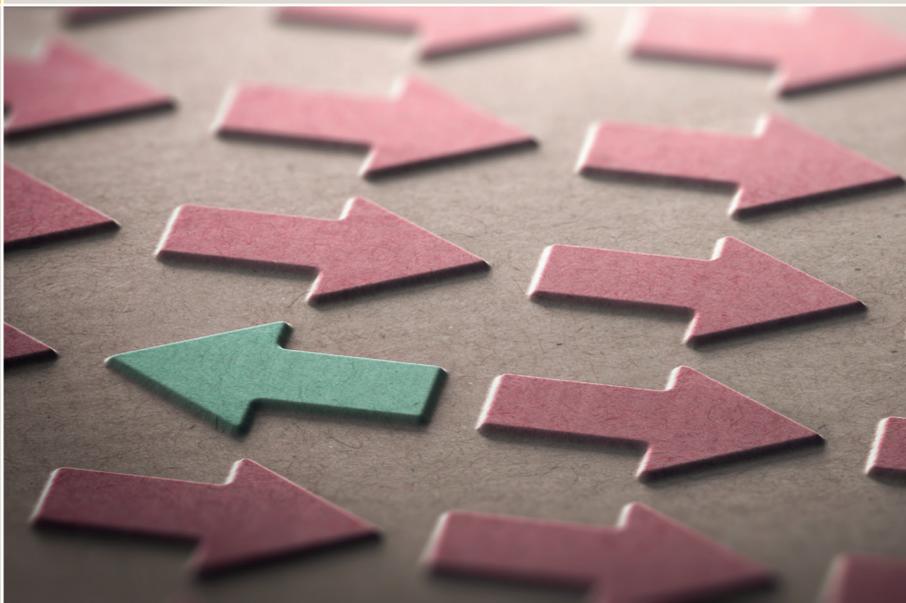


SZÉCHÉNYI



Das sozialrechtliche Widerspruchsverfahren

2. Auflage

 | BOORBERG

Das sozialrechtliche Widerspruchsverfahren

Dr. Attila Széchenyi M.A.
Leitender Regierungsdirektor
bei der Regierung von Oberfranken

2. Auflage

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek |
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind
im Internet über www.dnb.de abrufbar.

2. Auflage, 2024

ISBN 978-3-415-07649-5

E-ISBN 978-3-415-07650-1

© 2015 Richard Boorberg Verlag

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zu-
gelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlages. Dies gilt
insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen,
Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in
elektronischen Systemen.

Titelfoto: © Olivier Le Moal – stock.adobe.com | Satz: abavo GmbH,
Nebelhornstraße 8, 86807 Buchloe | E-Book-Umsetzer: abavo GmbH,
Nebelhornstraße 8, 86807 Buchloe | Druck und Bindung: Laupp & Göbel
GmbH, Robert-Bosch-Str. 42, 72810 Gomaringen

Richard Boorberg Verlag GmbH & Co KG | Levelingstraße 6a |
81673 München
Stuttgart | München | Hannover | Berlin | Weimar | Dresden
www.boorberg.de

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 1. Auflage 2015	9
Vorwort zur 2. Auflage (Ergänzung)	11
A. Einführung	13
1. Zweck des Vorverfahrens	13
2. Anwendbares Verfahrensrecht	14
3. Die prozessuale Bedeutung des Vorverfahrens	15
3.1 Vorverfahren als Klagevoraussetzung	15
3.2 Entbehrlichkeit des Vorverfahrens	17
B. Das Widerspruchsverfahren	19
1. Beginn des Widerspruchsverfahrens	19
1.1 Einlegung des Widerspruchs: Devolutiv- und Suspensiv-effekt	19
1.2 Keine aufschiebende Wirkung bei offensichtlich unzulässigem Widerspruch	20
1.3 Gesetzlicher Ausschluss der aufschiebenden Wirkung (§ 86a Abs. 2 SGG)	20
1.4 Anordnung bzw. Aussetzung der sofortigen Vollziehung durch die Widerspruchsbehörde	21
2. Ende des Widerspruchsverfahrens	23
3. Zuständigkeitskonkurrenz zwischen Ausgangs- und Widerspruchsbehörde nach Abhilfeverweigerung	23
4. Unterbrechung des Widerspruchsverfahrens durch den Tod des Widerspruchsführers.	24
4.1 Allgemeines.	24
4.2 Rechtsnachfolge im Widerspruchsverfahren	24
4.3 Auswirkungen der Rechtsnachfolge auf das Widerspruchsverfahren.	26
5. Die Tätigkeiten der Widerspruchsbehörde im Widerspruchsverfahren	27
5.1 Beweiserhebung/Untersuchungsgrundsatz	27
5.2 Nachholung von Verfahrensschritten	29
5.3 Vorgehen bei materiell-rechtlichen Mängeln	29
5.4 Das Akteneinsichtsrecht im sozialrechtlichen Verwaltungsverfahren	32
5.5 Tätigkeiten nach Erlass des Widerspruchsbescheids.	35
6. Die Beteiligten im Widerspruchsverfahren	36

C.	Zulässigkeit des Widerspruchs	39
1.	Vorliegen eines Widerspruchs	39
2.	Widerspruchsziel und Auslegung des Widerspruchs	40
3.	Zuständigkeit der Widerspruchsbehörde (§ 85 Abs. 2 SGG) . . .	41
4.	Eröffnung des Sozialrechtswegs, § 51 SGG, § 62 Halbsatz 1 SGB X	42
5.	Statthaftigkeit (§ 78 SGG)	42
6.	Widerspruchsbefugnis (§ 54 Abs. 1 Satz 2 SGG analog)	44
7.	Beteiligungsfähigkeit, § 10 SGB X	44
8.	Handlungsfähigkeit, § 11 SGB X	44
	8.1 Handlungsfähigkeit natürlicher Personen	45
	8.2 Handlungsfähigkeit von Vereinigungen bzw. von juristischen Personen	46
9.	Vertretung	46
	9.1 Gesetzliche Vertretung	46
	9.2 Gewillkürte Vertretung	47
10.	Ordnungsgemäße Einreichung des Widerspruchs	51
	10.1 Einhaltung der Widerspruchsfrist (§ 84 Abs. 1 SGG) . . .	51
	10.2 Folgen einer Fristversäumung	53
	10.3 Ort der Widerspruchseinreichung	54
	10.4 Form des Widerspruchs (§ 84 Abs. 1 SGG)	54
11.	Sonstige Voraussetzungen für die Entscheidung über den Widerspruch	56
	11.1 Sachbescheidungs- bzw. Widerspruchsinteresse	56
	11.2 Keine Erledigung des Widerspruchsverfahrens	57
D.	Widerspruchshäufung	59
E.	Begründetheit des Widerspruchs	61
1.	Formelle Rechtmäßigkeit des Ausgangsverwaltungsakts	61
	1.1 Zuständigkeit der Ausgangsbehörde	61
	1.2 Rechtmäßige Durchführung des Verwaltungs- verfahrens vor der Ausgangsbehörde	62
	1.3 Formgerechter Erlass des Ausgangsverwaltungsaktes . . .	64
2.	Materielle Rechtmäßigkeit des Ausgangsbescheids	64
	2.1 Nebenbestimmungen	66
	2.2 Bestimmtheit	66
	2.3 Rechtmäßige Ermessensausübung durch die Ausgangsbehörde	67
	2.4 Maßgeblicher Zeitpunkt für die Beurteilung der Sach- und Rechtslage	69
	2.5 Reformatio in peius (Verböserung)	69

F.	Der Bescheidungs widerspruchsbescheid	71
1.	Voraussetzungen für den Erlass eines Bescheidungs- widerspruchsbescheids	71
2.	Besonderheiten beim Erlass eines Bescheidungs widerspruchsbescheids	72
G.	Der Widerspruchsbescheid	75
1.	Einführung	75
2.	Aufbau eines Widerspruchsbescheids	75
2.1	Rubrum	76
2.2	Tenor	77
3.	Gründe	79
3.1	Sachverhalt	79
3.2	Rechtsausführungen/»Entscheidungsgründe«	81
H.	Abhilfeverfahren und Abhilfebescheid	85
1.	Beginn und Ablauf des Abhilfeverfahrens	85
2.	Abhilfeverfahren vor der Ausgangsbehörde	86
2.1	Nichtabhilfe	86
2.2	Vollständige Abhilfe	87
2.3	Teilweise Abhilfe	87
2.4	Weitere Handlungsmöglichkeiten der Ausgangsbehörde	87
3.	Das Abhilfeverfahren	88
4.	Der Abhilfebescheid	89
4.1	Aufbau des Abhilfebescheids	89
4.2	Gründe des Abhilfebescheids	89
4.3	Entscheidung über die Kosten des Abhilfeverfahrens	90
4.4	Rechtsbehelfsbelehrung	91
4.5	Bekanntgabe	91
I.	Kosten des Widerspruchsverfahrens	93
1.	Kostengrundentscheidung und Kostenfestsetzung	93
2.	Voraussetzungen der Kostenerstattung	94
3.	Umfang der zu erstattenden Aufwendungen	96
3.1	Notwendige Aufwendungen	96
3.2	Notwendigkeit der Zuziehung eines Rechtsanwalts oder eines sonstigen Bevollmächtigten	97
4.	Kostenentscheidung bei einem Vertreter ohne Vertretungsmacht	98
5.	Kostenfestsetzung	99

J.	Die Rechtsbehelfsbelehrung	103
1.	Einleitung	103
2.	Inhalt der Rechtsbehelfsbelehrung	105
2.1	Statthafter Rechtsbehelf	105
2.2	Rechtsbehelfsfrist	105
2.3	Bezeichnung des zuständigen Gerichts	106
2.4	Weitere notwendige Teile der Rechtsbehelfs- belehrung.	106
3.	Form der Rechtsbehelfsbelehrung	107
4.	Nachholung einer fehlenden bzw. Korrektur einer fehlerhaften Rechtsbehelfsbelehrung	108
5.	Rechtsbehelfsbelehrung im Fall der Kostenpflicht eines Nichtbeteiligten	110
6.	Muster Rechtsbehelfsbelehrung	111
K.	Bekanntgabe und Zustellung	113
1.	Übersicht.	113
2.	Richtiger Bekanntgabeadressat	114
2.1	Bekanntgabe an gesetzliche Vertreter	115
2.2	Bekanntgabe an Personenmehrheiten	115
2.3	Bekanntgabe an Bevollmächtigte	116
3.	Zustellung des Abhilfebescheids	116
4.	Zustellung des Widerspruchsbescheids.	117
4.1	Zustellung an beschränkt Geschäftsfähige, Geschäftsunfähige und unter Betreuung stehende Beteiligte	117
4.2	Zustellung an mehrere Widerspruchsführer	117
4.3	Zustellung an Bevollmächtigte	118
5.	Bekanntgabe- bzw. Zustellungsfehler, Folgen und Heilung	118
L.	Sonstiges, Hinweise	119

Vorwort zur 1. Auflage 2015

Das sozialrechtliche Widerspruchsverfahren hat in der täglichen Praxis der zuständigen Behörden große Bedeutung.

Während für das Abfassen von Bescheiden im Verwaltungsverfahren allgemein und speziell für das Widerspruchsverfahren nach der VwGO einschlägige Literatur vorhanden ist, fehlt für den Bereich des sozialrechtlichen Widerspruchsverfahrens bislang eine auf die Praxis bzw. die Bedürfnisse der mit Widerspruchsverfahren in diesem Bereich befassten Behörden zugeschnittene Abhandlung.

Diese Lücke zu schließen ist Absicht und Ziel des vorliegenden Werkes.

Dabei beschränkt sich die Darstellung im Wesentlichen auf Widerspruchsverfahren im Bereich des Zwölften Sozialgesetzbuches.

Ein herzliches Dankeschön geht an Herrn Richter am Sozialgericht, Dr. Helmut Meyer-Metzner (Sozialgericht Bayreuth) und Herrn Oberregierungsrat Daniel Hopf sowie an Frau Regierungsoberinspektorin Petra Hartmann und Frau Regierungsoberinspektorin Tanja Eckert (beide Regierung von Oberfranken) für die kritische Durchsicht des Manuskripts und lebhafte Diskussionen.

Bayreuth/München, den 26.06.2015

Der Verfasser

Vorwort zur 2. Auflage (Ergänzung)

Nach neun Jahren ist eine behutsame Überarbeitung und Aktualisierung erforderlich geworden; im Wesentlichen geht es um die Vorschriften, um die das SGB X und das SGG im Zuge der zunehmenden Digitalisierung von Verwaltungsverfahren und sozialgerichtlichem Verfahren ergänzt worden sind. Aufbau und Inhalt des Werkes haben sich in der Praxis bewährt und sind beibehalten worden.

Bayreuth, den 21.03.2024

Der Verfasser

